

25.01.2021

Mündliche Anfrage

für die 114. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 27. Januar 2021

Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

89* Abgeordneter
Stefan Zimkeit SPD

Der Ministerpräsident hat erklärt, dass die Landesregierung seit Frühjahr intensiv versucht habe, seriöse Anbieter zur Herstellung von Schutzkleidung zu finden, bevorzugt aus Nordrhein-Westfalen.

Laut Bericht der Zeitung "Die Welt" vom 7. Dezember bot auch die Firma Seidensticker aus Bielefeld der Landesregierung Hilfe bei der Ausstattung mit Schutzausrüstung an. Das Unternehmen hat einem Jahresumsatz von mehr als 178 Millionen Euro und ist einer der größten Hemdenhersteller Europas. Nach Medienberichten soll Seidensticker nicht einmal eine Antwort erhalten haben, so wie andere Hersteller auch.

Bei der Firma Van Laack wurde die Eignung für entsprechende Aufträge laut Aussage des Geschäftsführers in der Rheinischen Post vom 29.11.2020 geprüft, indem zwei Tage nach seinem Telefonat mit dem Ministerpräsidenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung im Konferenzraum des Unternehmens saßen und sich Masken und Kittel anguckten.

*Fragen 89 und 90 aus der Fragstunde vom 16. Dezember 2020

Datum des Originals: 25.01.2021/Ausgegeben: 25.01.2020

Erste Frage:

Welche Produkte hat der Geschäftsführer von Van Laack dem Ministerpräsidenten in dem Telefonat angeboten?

Zweite Frage:

Hat der Ministerpräsident dem Geschäftsführer der Firma Van Laack in ihrem Telefonat Zusagen zum weiteren Vorgehen zur Vergabe von Aufträgen gemacht ?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

90* Abgeordnete
Wibke Brems
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mit Datum vom 8. Dezember beantwortete die Landesregierung die Kleine Anfrage 4536 zum Stand der Novellierung des Klimaschutzgesetzes NRW. Diese Antwort lässt den Schluss zu, dass die Landesregierung, die in § 6 Klimaschutzgesetz NRW formulierte Pflicht, den Klimaschutzplan NRW spätestens zum Ende des Jahres 2020 fortzuschreiben, nicht zu erfüllen gedenkt. Damit würde die Landesregierung bewusst geltendes Recht missachten. Wäre dies tatsächlich der Fall, wäre dies ein ungeheuerlicher Vorgang. Die Deutsche Umwelthilfe hat mittlerweile vor dem Oberverwaltungsgericht Münster Klage gegen die Landesregierung eingereicht, um eine fristgemäße Fortschreibung des Klimaschutzplanes NRW zu erreichen.

Ich frage daher die Landesregierung:

Wann genau wird die Landesregierung dem Landtag einen Entwurf zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes zuleiten?

Mit welcher rechtlichen Begründung rechtfertigt die Landesregierung die Tatsache, dass sie den in § 6 des Klimaschutzgesetzes NRW an die Landesregierung formulierten Auftrag, den Klimaschutzplan NRW fünf Jahre nach Verabschiedung, also spätestens im Dezember 2020, fortzuschreiben voraussichtlich nicht erfüllen wird?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

91 Abgeordneter
Alexander Vogt SPD

Die Landesregierung stand in den vergangenen Monaten wiederholt wegen Auftragsvergaben und möglichen Interessenkonflikten in der öffentlichen Kritik. In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen, wie es um die Compliance-Kultur der Regierung Laschet bestellt ist. Schließlich werden Aufträge und Personal mit öffentlichen Mitteln finanziert.

Erste Frage:

Warum wurde der Cheflobbyist der Firma Sanofi in der Staatskanzlei eingestellt?

Zweite Frage:

Warum wurde der Auftrag der Integrationskampagne „IchDuWirNRW“ an die Agentur „epcommunications“ vergeben?